

schrieben als je zuvor. Zumindest einmal wöchentlich bringt der Zagreber „Vjesnik“ einen umfangreichen polemischen Artikel – zum Teil durchaus auf vertretbarem intellektuellem Niveau. Mehrfach im Laufe der Woche bringen die verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, aber auch informative Beiträge über kulturelle und historische Aspekte des kirchlichen Lebens. Kirchliche Würdenträger werden öfter auf Photos gezeigt, vor allem, wenn sie von den führenden Funktionären empfangen werden. Immer klarer tritt die Tendenz zu Tage, auf verschiedenen Ebenen über Kirche und Religion besser zu informieren. Zu diesem Zweck werden Soziologen, Philosophen und Historiker, aber keine Theologen zu Symposien eingeladen und wird entsprechende Literatur übersetzt. Im Fernsehen gibt es sogenannte round-table-Diskussionen z. B. über die Stellung der Kirche im Sozialismus (ebenfalls ohne Vertreter der Kirchen).

Am interessantesten aber ist ein ganz *neues Phänomen*. Nachdem – wie schon erwähnt – jahrzehntelang das unverkennbare System waltete, Spannung oder Entspannung im Verhältnis zu den Kirchen so gleichmäßig wie möglich zwischen Katholizismus, Orthodoxie und Islam zu verteilen – scheint man jetzt von diesem Schema abzuweichen. In den letzten Monaten, in denen die Kirche in Kroatien ständigen Angriffen ausgesetzt war, wurde die Beziehung zur serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad auffallend „gepflegt“. Patriarch *German* wurde vom jugoslawischen Ministerpräsidenten empfangen – das Fernsehen brachte darüber eine kurze Reportage. Konkreter Anlaß für die ungewöhnliche Begegnung war, wie „Pravoslavlje“, das Wochenblatt des Patriarchates, schrieb, „die Sorge der serbischen Kirche um die Gläubigen und die Klosterleute im Kossovo“. Im Rahmen der seit Monaten anhaltenden, zum Teil blutigen Unruhen unter der albanischen Bevölkerung in dieser südserbischen autonomen Provinz, kam es zu mehrfachen anti-serbischen Ausschreitungen. Dazu gehört eine Brandstiftung im Alten Patriarchat von Pec, bei dem eines der historisch wertvol-

len Gebäude vernichtet wurde. Offiziell wurde zwar ein Kurzschluß als Brandursache angenommen. Der Patriarch machte aber ziemlich unmittelbar nach dem Brand einen Besuch an Ort und Stelle und auch dies wurde ausführlich in den Massenmedien referiert.

Die *Unruhen im Kossovo*, das Verlangen der dortigen albanischen Bevölkerung, die die Mehrheit ausmacht, nach einer „Republik Kossovo“, ist für ganz Jugoslawien ein großes Problem, weil es – wenn es „gelöst“ werden soll – eine Revision von Titos Konzept bedeuten würde. Die Serben können sich nicht zu einer Aufgabe dieses Gebietes entschließen. Für sie ist es die Wiege des Serbentums, dort hatte das serbische Königtum und mit ihm das Patriarchat im Mittelalter, als Serbien noch ein blühender Großstaat war, seinen Sitz. Der Patriarch mußte später vor den Türken nach Norden ausweichen und fand in dem von Österreich-Ungarn beherrschten Teil des Landes Asyl.

Die offizielle Haltung zur serbischen Kirche in diesem Augenblick ist ein Zeichen dafür, daß diejenigen serbischen Kreise, die im Kossovo mit harter Hand versuchen, der Situation Herr zu werden – fast täglich werden Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus in Prozessen gegen oft sehr junge Menschen verhängt –, auch die Kirche brauchen. Die serbische Kirche, der man nicht nachsagen kann, daß sie sich je dem kommunistischen Regime gegenüber konziliant gezeigt habe, dürfte sich dabei der Stärke ihrer Position wohl bewußt sein.

Insgesamt stellt sich die Lage der Kirchen gegenwärtig also *ziemlich gegensätzlich* dar. In Kroatien regiert die Partei deutlich überreizt auf Phänomene, die nicht nur mit der Kirche zu tun haben, dabei macht sie die Kirche zum Prügelknaben. In Serbien hingegen entspricht die augenblickliche Entwicklung der auf manchen Gebieten zu erkennenden zunehmenden Dezentralisierung der politischen Kräfte. Die Autorität der „Zentrale“ wird geringer, die Selbständigkeit der Republiken größer.

Christine von Kobl

USA: der Vatikan interveniert wegen katholischer Presse

Ein ungewöhnlicher Vorgang erregt zur Zeit die katholische Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten: Der Vatikan hat seine Besorgnis darüber geäußert, daß einige Artikel und Kommentare in katholischen Zeitungen „dem Glauben des Volkes schaden, weil sie es an Achtung vor der Lehrautorität und den Entscheidungen der kirchlichen Obrigkeit fehlen lassen“. Dies hat der neue Apostolische Delegat in den USA, Erzbischof *Pio Laghi*, in einem Brief allen Diözesanbischöfen mitgeteilt. Zugleich hat er die Bischöfe darüber informiert, „daß sie vom vatikanischen Staatssekretariat angehalten werden, sich ihrer Ver-

antwortung für die redaktionelle Ausrichtung jenen Zeitungen gegenüber bewußt zu werden, die sie (als Herausgeber) unter ihrer Kontrolle haben.“

Der Brief des Delegaten, der das Datum vom 27. April dieses Jahres trägt, ist nur durch Indiskretion bekannt geworden. Die katholisch-konservative Wochenzeitung „The Wanderer“ aus St. Paul in Minnesota veröffentlichte ihn im Wortlaut, ohne zu sagen, woher sie Kenntnis davon erhalten hat. Erst nach dieser Veröffentlichung nahm der Sekretär des Apostolischen Delegaten, *Father Lawrence Purcelli*, dazu Stellung. Der Inhalt des Briefes

sei im wesentlichen derselbe, den der Brief aus dem Staatssekretariat an den Delegaten hat, gab Purcelli bekannt. In ihm werde auf keinen konkreten Fall Bezug genommen. Die katholische Nachrichten-Agentur in den USA, NC, veröffentlichte einen umfangreichen Bericht über die Angelegenheit, in dem sie weitere Ergebnisse eigener Erkundigungen ihres römischen Korrespondenten und einen offiziellen Antwortbrief bekannt machte, den die Vereinigung der Verleger und Redakteure der amerikanischen Kirchenpresse, Catholic Press Association (CPA), postwendend an den Delegaten sandte.

Ein Brief und was er auslöste

In dem Brief des Delegaten an die Ortsbischöfe heißt es wörtlich: „Mit wachsender Häufigkeit erhält der Heilige Stuhl Briefe aus den Vereinigten Staaten, in denen Beschwerde geführt wird über Artikel in katholischen Zeitungen, auch in Bistumszeitungen, die dem Glauben des Volkes Schaden zufügen, weil sie es an Achtung vor der Lehrautorität und den Entscheidungen der kirchlichen Obrigkeit fehlen lassen. Wie Ihnen (den amerikanischen Bischöfen) bekannt, ist es nicht ungewöhnlich, daß in solchen Artikeln Kritik und Angriffe auf die kirchliche Autorität und sogar die Person des Heiligen Vaters veröffentlicht werden. Die Wirkung solcher Kritik wird verstärkt, wenn solche Kommentare über Agenturen weit verbreitet werden.“ Dann teilt der Delegat den Bischöfen die Aufforderung des Staatssekretariates zur Kontrolle ihrer Bistumsblätter mit.

Der Vatikan-Korrespondent von NC will in Rom erfahren haben, daß das Staatssekretariat zwar vermeiden wollte, konkrete Fälle zu nennen, seine Kritik aber deutlich erkennbar gegen einen Kommentator richtet, „der sich mehrfach gegen die Kirche geäußert hat“; es liege klar auf der Hand, daß der Vatikan von den zuständigen Bischöfen Schritte gegen diesen Kommentator erwarte, dessen Beiträge durch ein Pressesyndikat an zahlreiche Zeitungen verbreitet würden.

Aufgrund dieser Hinweise wird in Amerika vermutet, daß damit nur Father *Andrew Greeley* gemeint sein konnte. Er ist Weltpriester im Erzbistum Chicago und als Soziologe Mitarbeiter des Nationalen Meinungsforschungsinstituts bei der Universität Chicago. Greeley ist durch zahlreiche Bücher religionssoziologischer Art bekannt geworden, u. a. über „Die erotische Kultur“ und über den „Mythos Maria“. Er übt in Kommentaren, die über ein Syndikat verbreitet werden, immer wieder Kritik an der Institution Kirche, an den Amtsträgern, an bestimmten Lehrmeinungen und ohne Scheu auch am Verhalten des eigenen Episkopates. Da Greeley auch die Kirchenpresse weithin als „amtsgebunden“ ansieht, steht er ihr ebenfalls kritisch distanziert gegenüber, obwohl eine ganze Reihe dieser Blätter, auch Diözesanzeitungen, seine Kommentare regelmäßig abdrucken. Andererseits erfährt Greeley auch häufig Kritik in der katholischen Presse.

Dessen ungeachtet hat die CPA als Vertretung der katholischen Journalisten umgehend auf die Rüge aus Rom reagiert und sie scharf zurückgewiesen. In einem Brief teilten der Präsident der CPA, Redemptoristenpater *Norman J. Muckerman*, und der geschäftsführende Direktor *James A. Doyle* dem Apostolischen Delegaten mit, daß die Verleger und Redakteure der katholischen Presse „hochqualifizierte professionelle und loyale katholische Journalisten“ sind, „die treu zum Glauben und zum Lehramt stehen.“ Es käme äußerst selten vor, daß die Autorität oder die Person des Heiligen Vaters in amerikanischen katholischen Zeitschriften angegriffen werde. Dann üben die Vertreter der CPA ihrerseits Kritik am Brief des Delegaten: „Wir sind überrascht von der pauschalen Breite Ihrer Kritik und möchten vorschlagen, konkrete Kritik von sachkompetenten Instanzen unmittelbar an die betroffenen Verleger, Redakteure oder Kommentatoren zu richten.“ Die CPA würde sich freuen, wenn sie als Vertretung der katholischen Presse solche konkrete Kritik an ihre Mitglieder weiterleiten dürfte. Sie sei sicher, daß die betroffenen Verleger und Redakteure ebenso offen und konkret antworten würden.

Nach dieser Loyalitätserklärung nehmen die CPA-Vertreter in ihrem Brief vom 28. Mai dieses Jahres an Erzbischof *Laghi* auch Stellung zu dem pauschalen Vorwurf der Glaubensverunsicherung. *Muckerman* und *Doyle* äußern den Verdacht, daß die Beschwerdebriefe, von denen das Staatssekretariat spreche, von Leuten stammen, „die verwirrt sein mögen von Artikeln, in denen sie selbst eine Abweichung vom Glauben vermuten, die in Wirklichkeit aber nichts anderes sind als die Darstellung von kontroversen, für Diskussionen durchaus offenen Themen“. Aufgrund von Gesprächen mit Vertretern der katholischen Presse sei bekannt, daß diese fast täglich ähnliche Briefe von Lesern erhielten, die irrtümlich eine offene Berichterstattung und Diskussion von kontroversen Themen als Abweichung vom Glauben oder von der Loyalität zum Heiligen Stuhl ansähen. „Die Erfahrung aus unserer katholischen Presse führt uns jedoch zu der Überzeugung“, so die CPA-Antwort wörtlich, „daß solche Themen durch eine freie und offene Diskussion geklärt und nicht verwirrt werden.“ Schließlich zitieren die CPA-Vertreter aus einem Grundsatzpapier des Verbandes mit dem Titel „Wie die katholische Presse der Kirche dient“ den Leitsatz: „Wie die allgemeine Presse den Leser mit Informationen versorgt (oder versorgen sollte), die ihm Entscheidungen in politischen, sozialen, wirtschaftlichen und anderen Fragen ermöglichen, so versorgt die katholische Presse (oder sollte es) ihre Leser mit Informationen, die ihnen Entscheidungen in religiösen Fragen ermöglichen.“

Die Stellungnahme Andrew Greeleys

Inzwischen hat sich auch der indirekt gerügte Greeley zu dem ungewöhnlichen Vorgang geäußert. In einem Kommentar, der wiederum durch das „Universal Press Syndi-

cate“ verbreitet und in mehreren katholischen Zeitungen ungekürzt abgedruckt worden ist, schrieb er in gewohnt aggressiver Weise: „Der Brief (des Delegaten) signalisiert eine Rückkehr zu den repressiven vorkonziliaren Techniken der Behandlung von Kritik innerhalb der Kirche.“ Noch erschreckender sei hingegen das Bild des amerikanischen Katholizismus, das in dem Brief unterstellt werde: die Wunschvorstellung von unterwürfigen, demütigen Armen im Geiste, die im Glauben bedroht würden, wenn nicht alle Maßnahmen der kirchlichen Obrigkeit sofort begeistert akzeptiert werden. Er wolle nicht leugnen, so Greeley, daß es auch solche Katholiken gebe, wenngleich er vermute, daß jemand aus diesem Kreis selbst keineswegs Glaubensskrupel habe, wenn er Beschwerdebriefe über ungenannte Kommentatoren schreibe. Es seien aber nicht die kritischen Kommentare, meint Greeley, die das Volk verunsicherten, sondern es sei das unüberlegte Handeln der Kirche und ihrer Vertreter, was dem Glauben des Volkes schade.

Greeley nannte in seinem Antwort-Kommentar auch gleich ein Beispiel, und zwar den etwas eigenwilligen Kommentar des Papstes zu Mt 5, 28 in einer seiner Mittwochaudienzen (vgl. *Osservatore Romano*, 9. 10. 1980), daß es selbst dann eine Sünde sei, eine Frau mit der Absicht sie zu begehren anzusehen, wenn es sich um die eigene Frau handle. Diese in allen Medien verkürzt wiedergegebene Papstäußerung habe mehr Schaden angerichtet als alle kritischen Kommentare, die er selbst geschrieben habe. Dem Vatikan sei vorzuwerfen, daß er nichts unternommen habe, um das Papstwort in den richtigen Zusammenhang zu stellen. Im Anschluß an diese Kritik fragt Greeley, was gewonnen werde, wenn man solche „Angriffe auf den Vatikan“ in der Kirchenpresse verbiete. Seine Antwort: „Solche Unterdrückung würde zwar das Problem überdecken und der kirchlichen Obrigkeit die Illusion vermitteln, daß es nicht existiere; aber damit werde in Wirklichkeit das Problem nicht gelöst.“ Ironisch fügt Greeley hinzu, daß er die Besorgnis des Staatssekretariates über die Verunsicherung der amerikanischen Katholiken durchaus teile: „Doch man sollte nicht besorgt sein über diejenigen, die darüber schreiben, sondern über diejenigen, die sie verursacht haben.“

Eine Kirchenpresse ohne viele Tabus

Der ganze Vorgang ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund dessen, was als amerikanische Demokratie als Grundzug bei den Katholiken ausgeprägt hat. Zu dieser Demokratie gehört als unverzichtbarer Grundwert eine *sehr hohe Einschätzung der freien Meinungsäußerung*. In den Vereinigten Staaten hat es sie aber innerhalb der katholischen Kirche lange Zeit hindurch nicht gegeben. Noch bis zum Zweiten Weltkrieg lebten die Katholiken mehr oder minder in einem Getto und galten als schlechte Demokraten, weil sie „romhörig“ waren. Seit Mitte dieses Jahrhunderts vollzog sich jedoch die endgültige Integrierung der Katholiken in die demokratische Gesellschaft (wofür als

sichtbares Zeichen die erste Wahl eines Katholiken, des John F. Kennedy, zum Präsidenten gilt). Gleichzeitig wurde auch die katholische Presse in den USA immer stärker professionalisiert. Wer Gelegenheit hat, von Zeit zu Zeit oder regelmäßig die katholische Presse der USA zu verfolgen, wird feststellen können, daß sie heute durchweg ebenso offen alle Probleme darstellt wie die säkulare Presse und daß sie ebenso unerschrocken persönliche Kommentierungen und kritische Meinungsäußerungen bringt.

Es ist deswegen auch kein Zufall, daß im vergangenen Jahr ausgerechnet die Bistumszeitungen in den USA eine steigende Auflage zu verzeichnen hatten. Die insgesamt fast 150 Diözesanblätter kommen auf eine Auflage von über 4,4 Millionen. Zusätzlich erscheinen neun katholische Wochenzeitungen mit über 650 000 Exemplaren, die überdiözesan verbreitet sind. Zusätzlich erscheinen rund 300 Zeitschriften und Magazine mit einer Auflage von rund 20 Millionen.

Die kritische Komponente wird keinesfalls nur durch Kommentare von Andrew Greeley in die katholische Presse getragen. Freie Meinungsäußerung, offene Darstellung von Problemen und kontroverse Diskussionen (in die sich mit seiner Stimme auch durchaus der Ortsbischof im eigenen Bistumsblatt einschaltet) kennzeichnen die gesamte katholische Presse. Natürlich gibt es bei der Vielzahl der Publikationen unterschiedliche Ausprägungen. Neben wenigen avantgardistischen und progressiven Blättern – Zeitungen ebenso wie theologischen Magazinen – überwiegt eine als konservativ zu bezeichnende Grundlinie. Das schließt aber nicht aus, daß auch die konservativen Bistumsblätter kirchenkritische Kommentare veröffentlichen. Andererseits üben die katholischen Zeitschriften auch gegenseitig heftig Kritik aneinander.

Zu den liberal-progressiven Zeitungen zählt z. B. die in Kansas City erscheinende Wochenzeitung „National Catholic Reporter“. In ihrer Ausgabe vom 17. Juli dieses Jahres berichtete sie in mehreren Beiträgen über das Thema *Frauen und Priesterweihe*. Sie unterzog die offizielle Haltung der Kirche einer scharfen Kritik und brachte Reportagen aus Gemeinden, in denen Frauen Gottesdienste halten. 14 Tage später kritisierte ein Kommentator in der Wochenzeitung „Our Sunday Visitor“ seine Kollegen aus Kansas City: Er leugne nicht, daß es solche Fälle gebe, aber er verurteilte den Rang, den das Blatt aus Kansas diesen Abweichungen von der Lehre einräumte. Das habe dazu geführt, daß die säkularen Medien ein völlig schiefes Bild von der katholischen Frau in Amerika gezeichnet hätten.

Dieser Seitenhieb auf die säkularen Medien steht im übrigen nicht alleine. In ihrem Bestreben, ihre eigene Bedeutung und Zielsetzung zu unterstreichen (auch um auflagemäßig höher zu kommen), argumentieren die katholischen Zeitungen in den USA immer wieder damit, daß ihre angeblich so versierten Kollegen in den säkularen Medien von kirchlichen Dingen keine Ahnung haben und sie nur verkürzt oder falsch darstellen; eine genaue und zutreffende Information sei nur in der katholischen

Presse zu finden. Nicht zuletzt um dies zu gewährleisten, bemühen sich die katholischen Zeitungen, keine Probleme oder unangenehme Dinge zu unterdrücken.

Für sie gibt es kaum Tabus und keine Denkmäler. Weder Bischöfe noch Priester stehen unter einer Glasglocke, weder das Thema der Bußformen noch der unzulänglichen, langweiligen Predigten wird ausgespart. Zur Zeit laufen in zahlreichen Bistumsblättern große Serien über (genauer gesagt: gegen) das *Wettrüsten*. In umfangreichen Serien wird über die Armut in den Großstadtlums berichtet, Kritik an den sozialen Mißständen im eigenen Land geübt. Die amerikanische Regierung wird unter Beschuß genommen wegen ihrer Unterstützung von Militärregimen in Mittel- und Südamerika; ebenso werden amerikanische Maryknoll-Missionare kritisiert, weil sie in Lateinamerika und in Asien imperialistische Politik unterstützen. Breiten Raum nehmen bedrängende pastorale Fragen ein, angefangen bei der Seelsorge für Geschiedene über die Frage, ob eine Ehe an der Untreue eines Partners scheitern muß bis hin zum Problem der Empfängnisregelung.

Gerade zum Thema *Empfängnisregelung* gibt es ein aufschlußreiches Beispiel für die Freiheit der amerikanischen Kirchenpresse. In der Wochenzeitung „Our Sunday Visitor“ konnte nach der römischen Bischofssynode über die Familie im Oktober vorigen Jahres unter der Überschrift „Katholiken unwillig über Haltung der Bischöfe“ ein Kommentar erscheinen, in dem u. a. folgendes stand: „Für die Mehrzahl der Katholiken, die nach eigener Gewissensentscheidung Methoden zur Empfängnisregelung anwenden, ändert die Bestätigung des Verbots künstlicher Mittel durch die römische Bischofssynode nichts. Für einige mag sogar die Glaubwürdigkeit der Kirche in ihren Aussagen über andere Lehren, besonders hinsichtlich der Ehescheidung und Abtreibung, weiter gesunken sein. Wenn künstliche Empfängnisregelung unter bestimmten Voraussetzungen von der Kirche erlaubt würde, würde dies gewiß den Kampf gegen die Abtreibung stärken“ ... „Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen künstlicher Empfängnisregelung und Abtreibung. Die Weigerung der Kirche, diesen Wesensunterschied anzuerkennen, trägt eher zur Zunahme als zur Abnahme von Abtreibungen bei“ ... „Es stimmt, daß Moral nicht von Statistik oder mehrheitlichem Verhalten bestimmt werden kann; aber daraus folgt nicht, daß eine vernünftige Sexualethik der Ehe von einer zölibatären Denkweise bestimmt wird, die ihre eigenmächtige Autorität aus einer überholten Tradition bezieht, ... einer Tradition, die sich grundsätzlich schwertut mit der Sexualität, die sie zu umschreiben und zu unterdrücken sucht, die sie zu einem notwendigen Übel herunterstuft. Es ist eine Denkart, die sogar die Sexualität von Verheirateten so zölibatär wie möglich halten möchte. Viele Katholiken lehnen diese Denkart ab. Sie haben nicht geheiratet, um sich von Sexualität zu enthalten, sondern um sie als tragendes Band ihrer ehelichen Liebe auszuüben. Sie sehen Sexualität nicht als einen isolierten Akt zur Zeugung eines Kindes an, sondern als

Dauerbeziehung. Sie glauben, daß ihre Ehe offen für die Neuschöpfung von Leben sein muß, aber nicht für die gedankenlose Produktion eines endlosen Stroms von Nachkommen, den sie nicht ernähren, nicht erziehen, nicht einmal lieben können“ ... „Sie glauben aber auch das Recht zu haben, zölibatäre Vorschriften zurückzuweisen, ... für die es keine Aussagen von Jesus selbst gibt.“

Der Leser soll sich selbst ein Urteil bilden

Der Artikel stammte aus der Feder eines renommierten Katholiken in den Vereinigten Staaten, des Redakteurs *Joel Wells* von der Thomas Morus Presse, eines verheirateten Laien und Vaters von fünf Kindern. Der „Sunday Visitor“ brachte wochenlang Leserbriefe zum Abdruck, in denen für und wider die Thesen von Wells Stellung genommen wurde. Eine bischöfliche Zensur gab es nicht. Der „Sunday Visitor“ hat in den letzten zwei Jahren ein interessantes Experiment gestartet. Da einige Leser immer wieder danach fragten, was denn nun die offizielle Meinung der Kirche zu dieser oder jener Frage sei, entschloß die Redaktion sich, nur noch ungezeichnete Kommentare zu veröffentlichen, die als offizielle Meinung der Redaktion gelten sollten. Nach zwei Jahren brach die Kirchenzeitung das Experiment ab, weil die Mehrheit der Leser keine vorgeschriebene Meinungen haben wollte, sondern persönliche Meinungsäußerungen, damit sich jeder selbst ein Urteil bilden kann.

Bei den letzten Präsidentenwahlen in Amerika hat die Frage der *Abtreibung* eine große Rolle gespielt. Nach gängigem katholischen Denken und Verhalten wird den Wählern in einem solchen Fall gesagt, daß Politiker und Parteien, die gegen sittliche Grundnormen sind, von Katholiken nicht gewählt werden können. In dem katholischen Sonntagsblatt „Our Sunday Visitor“ schrieb jedoch der Herausgeber kurz vor der Wahl selbst einen persönlichen Kommentar, in dem es u. a. hieß: „Für einen Katholiken ist selbstverständlich Abtreibung verboten. Bei den Wahlen geht es aber nicht um ein Für oder Wider die Abtreibung, sondern um die Wahl von politischen Gesamtprogrammen; deshalb darf und kann die Haltung von Politikern und Parteien zur Frage der Abtreibung nicht ausschlaggebend sein.“

Noch ein Beispiel: Die amerikanische Bischofskonferenz hat im vergangenen Herbst ausführlich die *Frage der Todesstrafe* behandelt. Die Gesetzgebung darüber ist in den einzelnen Bundesstaaten der USA unterschiedlich, in einigen Staaten gibt es die Todesstrafe noch. Die Bischöfe sprachen sich nun kürzlich dafür aus, die Todesstrafe generell aufzuheben. In der Kirchenzeitung eines Bistums in der Nähe von Chicago wandte sich daraufhin der Chefredakteur, ein Geistlicher, in einem Kommentar scharf gegen diese Haltung der Bischöfe.

Dieselbe Bistumszeitung, „The Catholic Post“ aus Peoria, Illinois, gehört zu den katholischen Blättern, die regelmä-

ßig die Kommentare von Andrew Greeley veröffentlichten. In einem Kommentar bezichtigte er den Vorsitzenden der amerikanischen Bischofskonferenz und einen weiteren prominenten Bischof, kritiklos römischen Anordnungen zu gehorchen, ihnen ohne Widerspruch zu folgen und Rom manchmal wider besseres Wissen zu verteidigen. In einem anderen scharfen Angriff auf die Haltung der Kirche in Fragen der Sittlichkeit schrieb Greeley zum Schluß folgende Anmerkung: „Ich bin mir bewußt, daß jetzt wieder viele treue, brave Katholiken sich gegen mich wenden und mich der Irrlehren bezichtigen werden. Ich rechne auch damit, daß einige traditionelle Kirchenzeitungen diesen meinen Kommentar nicht abdrucken werden. Das ändert aber nichts an der Richtigkeit meiner Argumente.“ Die meisten Kirchenzeitungen haben diesen

Kommentar, einschließlich der Schlußbemerkung, trotzdem veröffentlicht.

Der Jesuitenpater *Joseph A. O'Hare*, Chefredakteur der angesehenen Monatszeitschrift „America“ und Vorstandsmitglied der CPA, hat im Juni in einem Festvortrag vor dem katholischen Büchereiverband in New York unterstrichen, daß die katholische Presse in den USA heute in der Behandlung kontroverser Themen kaum behindert werde. Heute liege die Gefahr nicht in einer Zensur von außen, sondern höchstens in einer „inneren Selbstzensur“ der Verleger und Redakteure. Als Vorbild für freie Behandlung aller Probleme nannte O'Hare Johannes Paul II.: Er stelle kontroverse Themen offen dar, übe aber nie moralischen Zwang oder Einschüchterung aus.

Ferdinand Oertel

Interview

Sozialpolitik zur Wende gezwungen?

Ein Gespräch mit Professor Alois Oberhauser

Seitdem die öffentlichen Haushalte infolge der hohen Staatsverschuldung bei noch zunehmend rezessiven Rahmenbedingungen zu einer strengen Sparpolitik gezwungen sind, gilt es als selbstverständlich, daß im Bereich der sozialen Leistungssysteme nicht nur punktuell Leistungen verringert werden, sondern strukturelle Veränderungen innerhalb des „sozialen Netzes“ mit langfristiger Wirkung vorgenommen werden müssen. Darüber sprachen wir mit Alois Oberhauser, Professor für Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg. Professor Oberhauser ist Mitglied der im Interview mehrfach erwähnten, von der Bundesregierung eingesetzten Transfer-Enquête-Kommission und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Professor Oberhauser, nach einer Umfrage des Hamburger Sample-Institutes sind 50 Prozent der Bundesbürger der Meinung, die sozialstaatlichen Leistungen der Bundesrepublik seien ausreichend. Nur 15 Prozent konstatierten ein Zuwenig, während immerhin ein Drittel meinte, es geschehe bereits des Guten zuviel. Schlägt sich in der Volksmeinung nunmehr nieder, daß das Optimum oder jedenfalls das Leistbare erreicht oder bereits überschritten ist?

Oberhauser: Im großen und ganzen wird man wohl sagen können, daß das soziale Leistungssystem in der Bundesrepublik recht gut ausgebaut ist und die sozialen Risiken weitgehend abgesichert sind. Es gibt allerdings immer

noch einige Bereiche, wo man von Unzulänglichkeiten und Mißverhältnissen sprechen kann...

HK: Sind es nur Unzulänglichkeiten, oder gibt es trotz des dicht geknüpften sozialen Netzes noch beträchtlich viel Notstände und auch verteilungspolitische Unausgeglichheiten? Jetzt, wo es ans Sparen geht, denken die meisten wohl eher an den Bezieher kumulierter Renten, vergessen darüber aber die Witwe mit einer Rente von 600 DM. Darüber hinaus gibt es sicher auch noch verteilungspolitische Benachteiligung z. B. im Familienlastenausgleich...

Oberhauser: Zu den Bereichen, in denen wir eine unzulängliche Sicherung haben, gehören vor allem zwei: einmal die Alterssicherung der Frau, die durch die anstehende Reform für das Jahr 1985 neu geregelt werden soll, und zweitens die Absicherung im Pflegefall. Diese beiden Bereiche bedürfen noch einer grundlegenden Neugestaltung. Ansonsten haben wir in einigen Punkten noch Sicherungslücken, die aber im allgemeinen nicht besonders bedeutsam sind und ausgeschaltet werden könnten. Dagegen ist das vielfach in der Diskussion genannte Problem der Kumulation nicht so sehr gravierend, denn in den meisten Fällen, in denen Kumulationen vorliegen, bedarf es dieser Kumulation, um eine ausreichende Sicherung herbeizuführen.

HK: Aber es gibt auch Fälle, ich kann mich jetzt nicht auf